

daß der Informationsstand des MfS teilweise „auffällig hoch“ gewesen sei; so seien etwa alle Telefonate kirchlicher Dienststellen in der DDR und in West-Berlin abgehört worden. Eine „bedeutende staatliche Informationsquelle“ seien die kirchlichen Informationsbeauftragten gewesen; zu Prälat *Otto Groß* und seinem Nachfolger Prälat *Paul Dissemond* heißt es dazu, sie „versuchten mit und durch das MfS, über die Behandlung zahlreicher anstehender Sachfragen hinaus, Kirchenpolitik zu betreiben und ein berechenbares und kooperatives Klima zu erzeugen, wobei offen bleiben muß, wieweit sie in Loyalität die Bischöfe informiert haben.“

Zur Frage des *staatlichen Einflusses auf die Kirche* heißt es in dem Bericht, trotz aller staatlichen Versuche der Einflußnahme sei die kirchliche Personalpolitik autonom gewesen, und nur in einem Fall – beim Entwurf eines Friedenshirtsbriefes vom Dezember 1981 – hätten staatlichen Stellen sehr früh den vorgesehenen Text einer Verlautbarung der katholischen Bischöfe erhalten und auf ihn Einfluß zu nehmen versucht. Bis auf zwei Ausnahmen im Bischöflichen Amt Magdeburg seien keine kirchenleitenden Personen „zur wirklich konspirativen Zusammenarbeit“ gewonnen worden, und mit Ausnahme von Pastor *Karl Fischer* – der unter anderem CDU-Abgeordneter in der Volkskammer war und 1995 vorzeitig pensioniert wurde – habe kein katholischer Geistlicher öffentlich der Politik der SED akklamiert.

Die Reichweite „indirekten Einflusses“ scheine dagegen vergleichsweise größer, sei aber im Einzelfall schwieriger zu ermessen. Dazu gehörten „Selbstbeschränkung“ der Kirche bis zur Selbstzensur, „politische Abstinenz“ und die Erklärung – etwa Bengschs – der „Loyalität“ gegenüber dem Staat. Die staatlichen Stellen hätten innerkirchliche Konflikte eruiert und die kirchlichen Gesprächsbeauftragten mit diesem konspirativ erworbenen Wissen konfrontiert. Weiter heißt es, das MfS habe wenig verhin-

dern können, „aber vieles verwirren, Personen einschüchtern und verängstigen sowie manche(s) ‚zerstören‘, vor allem Vertrauen und Solidarität“.

## Die Bischöfe: „Menschliches Versagen und Schuld“

Auch die mit dem Abschlußbericht veröffentlichte *Erklärung der ostdeutschen Bischöfe* greift diesen Aspekt auf: „Die bisherigen Untersuchungen anhand staatlicher Akten haben ergeben, daß sich die Bischöfe in der Regel auf ihre Geistlichen und Mitarbeiter verlassen konnten. Es hat sich freilich auch gezeigt, daß einige sich nicht an die Vorgaben der Bischöfe gehalten haben. Es gab Priester und Laien, die auf Gesprächsangebote eingingen, aus unterschiedlicher Motivation heraus einen Weg der Annäherung suchten, begrenzte Zugeständnisse machten oder sogar aktiv mit dem MfS zusammenarbeiteten. Es ist deutlich geworden, daß es auch in unserer Kirche menschliches Versagen und Schuld im Umgang mit der SED-Diktatur gegeben hat. (...) Es bleibt festzuhalten, daß durch die unerlaubte Zusammenarbeit einzelner Geistlicher und Laien mit dem MfS und anderen staatlichen und politischen Organen kirchliche Dienstvorschriften verletzt wurden.

Dieses Fehlverhalten einzelner hat in der Folge, wie sich jetzt zeigt, Schaden angerichtet und Mißtrauen gesät. Es bedarf der Schuldeinsicht und der Umkehr jener, die versagt haben oder schuldig wurden, sowie der Vergebung derer, die Unrecht erlitten haben.“

Diese Einsicht ist offenbar nicht bei allen Betroffenen vorhanden, denn, so heißt es in der Erklärung: „Die Bischöfe haben nach dem Ende der DDR alle Priester, Diakone und hauptamtlichen Mitarbeiter aufgerufen, ihre Kontakte zum MfS zu offenbaren. Einige haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Anderen mußte ihr Fehlverhalten erst durch die Konfrontation mit MfS-Akten vor Augen geführt werden, ehe sie bereit waren, solche untersagten Kontakte zuzugeben. Nicht in jedem Fall gibt es Einsicht, Bekenntnis von Schuld, Reue und Zeichen der Wiedergutmachung.“ Offen bleibt, welche disziplinarischen Folgen dies für die Betroffenen hatte.

Über die verhängten Strafmaßnahmen wurden keine Angaben gemacht. In Einzelfällen wurden in den vergangenen Jahren Beurlaubungen und Versetzungen bekannt. Der Vorprüfungsausschuß der Bischofskonferenz bearbeitete gut zehn Fälle, die ihm vorgelegt wurden; über dessen „Empfehlungen“ an die Ortsbischöfe wurde nichts mitgeteilt. N.Z.

## Johannes Paul II.: Auftrieb für die kubanische Kirche

*Mit der Versicherung, er habe großes Vertrauen in die Zukunft des Landes, beendete Johannes Paul II. seine Pastoralreise nach Kuba vom 21. bis 25. Januar. Mit diplomatischem Geschick kritisierte der Papst die wirtschaftliche und soziale Lage, mahnte politische und kulturelle Reformen an und forderte besonders Freiräume für die Kirche.*

Als eine historische Etappe mit hohem Symbolwert wertete nach seiner Rückkehr Johannes Paul II. die Reise nach Kuba und zeigte sich zugleich davon überzeugt, daß dieses „große Ereignis

einer spirituellen, kulturellen und sozialen Versöhnung“ langfristig nicht ohne positive Folgen für die Karibikinsel bleiben werde. Indirekt bestätigte der Papst in einer ersten Bilanz auch

einen von den zahlreichen Kommentatoren und Beobachtern immer wieder bemühten Vergleich: Oft habe er sich in Kuba an seine ersten Polenreisen erinnert gefühlt.

Wenn auch die Atmosphäre nicht durch die Euphorie und Ausgelassenheit bestimmt war, die Papstreisen in andere lateinamerikanische Länder prägten, so verfolgten die Kubaner die Reise doch mit großem Interesse, begrüßten den Papst bei seinen verschiedenen Stationen mit herzlichem Applaus, zum Teil auch mit sichtbar emotionaler Betroffenheit. In einer Fernsehansprache unmittelbar vor der Ankunft des Papstes hatte Staats- und Regierungschef *Fidel Castro* alle Kubaner aufgefordert, Johannes Paul II. mit Offenheit und dem Respekt, der einer großen historischen Persönlichkeit gebühre, zu empfangen, die Messen und Veranstaltungen mit dem Papst zu besuchen. Schulen und Betriebe sollten freigeben; für die Veranstaltungen in Havanna wurden Betriebe angewiesen, Kontingente zu stellen, die beispielsweise den Weg vom Flughafen in die Stadt säumen sollten.

Entschieden forderte der Papst bei den verschiedenen Stationen seiner fünftägigen Reise Freiräume für eine neue gesellschaftliche Rolle der Kirche und betonte die Bedeutung des kirchlichen Dienstes für den Aufbau einer freieren und pluraleren, dauerhaft friedlichen und sozial gerechten Gesellschaft. Konkret bestand Johannes Paul II. etwa auf einem der Kirche bislang vorenthaltenen angemessenen Platz im Erziehungssystem des Landes sowie dem Zugang zu den Medien.

Unmißverständlich und mit langem Beifall bedacht verurteilte der Papst beim Schlußgottesdienst auf der „Plaza de la Revolución“ Havannas alle politischen und ideologischen Systeme, die Kirche, Glaube und Religion in die Privatsphäre abzudrängen versuchten. Zugleich versicherte er immer wieder, vor der Kirche und dem christlichen Glauben brauche sich niemand zu fürchten: Die Kirche strebe keine Privilegien, keine Macht an. Die im Christentum tradierten Werte seien

keine Hindernisse für die soziale Entwicklung des Landes.

Wo die Kirche ihre eigene Freiheit verteidige, verteidige sie zugleich die aller Bürgerinnen und Bürger des Landes. Die Kirche stehe im Dienst nicht nur der Katholiken. In der Haltung des Dialogs und der Versöhnung wollten die Katholiken ihr Recht und ihre Pflicht zu einer gleichberechtigten Beteiligung an der öffentlichen Debatte wahrnehmen. Bei einem Treffen mit Vertretern anderer christlicher Kirchen und Gemeinschaften betonte der Papst auch ihre ökumenische Verpflichtung.

Ohne die schwierige Lage der Kirche zu verharmlosen, mahnte der Papst im Gespräch mit der Bischofskonferenz zu Dialogbereitschaft mit den staatlichen Autoritäten. Zu Offenheit und Sensibilität, einer konstruktiven und wohl auch mäßigenden Einflußnahme forderte der Papst die Bischöfe auch gegenüber den Exilkubanern auf.

---

### „Die christliche Seele Kubas“

---

Immer wieder verband Johannes Paul II. die Forderung nach Freiraum für die kubanische Kirche mit der Erinnerung an die katholischen Ursprünge der Kultur des Landes, an die „christliche Seele Kubas“. Dieses Erbe biete auch heute die entscheidenden Ressourcen für die anstehenden Veränderungen. So appellierte der Papst in seiner Botschaft an die Jugend, zu den kubanischen und christlichen Wurzeln zurückzukehren, um „eine Zukunft in größerer Freiheit und Würde“ zu schaffen.

Auch bei einem Treffen mit etwa 400 Intellektuellen und Kulturschaffenden in der Universität von Havanna, betonte er: der katholische Glaube sei ein zentraler Bestandteil der kubanischen Identität bis heute. Diese mahnende Erinnerung verknüpfte er mit dem Andenken an den Philosophen und Priester *Félix Varela* (1788–1853), der als Vorkämpfer für die Unabhängigkeit des Landes und wegen seines Einsatzes für soziale Gerechtigkeit verehrt wird; der Papst unterstrich Va-

relas Bedeutung als Zeuge der Verschmelzung von christlichem Glauben und kubanischer Kultur.

Das hohe Risiko, dem sich *Fidel Castro* mit der bei einem Rombesuch im November 1996 persönlich überbrachten Einladung an den Papst aussetzte, bestimmte das überaus rege Medieninteresse (2000 Journalisten waren zum Papstbesuch angereist) an dieser 81. Auslandsreise des Papstes schon im Vorfeld (vgl. HK, Januar 1998, 45 ff.). Vergleiche wurden angestellt, nicht nur mit der Polenreise 1979, sondern etwa auch, trotz der auch offenkundigen Unterschiede, mit der Reise des Papstes nach Chile im April 1987, damals noch zusammen mit Paraguay die letzte Militärdiktatur Südamerikas (vgl. HK, März 1987, 111 ff.).

Während des Besuchs Johannes Pauls II. kam es nicht zu den teils befürchteten, teils erhofften, gegen das System, die Regierung, Partei oder den Regierungschef selbst gerichteten Demonstrationen oder gar zu Unruhen. Der Regierungschef, der sich während der fünf Besuchstage ständig und besonders vor Kameras um freundschaftliche Nähe mit dem Papst mühte, dankte diesem in seiner Abschiedsrede für alle Worte; ausdrücklich schloß *Castro* auch solche mit ein, bei denen er mit dem Papst nicht übereinstimme. Mit deutlichen Worten verurteilte der Papst mehrfach das vor 36 Jahren verhängte US-amerikanische Handelsembargo gegen Kuba als „ungerecht und ethisch nicht zu vertreten“. Unter dem Embargo zu leiden hätten vor allem die Ärmsten und Schwächsten. Allerdings unterstrich Johannes Paul II. auch, das Wirtschaftsembargo dürfe nicht zur alleinigen Ursache der gewaltigen Probleme des Landes erklärt werden und verurteilte soziale Ungleichheit, die Beschneidung fundamentaler Freiheiten und Grundrechte und die systembedingte Entmutigung und Lähmung des Individuums.

Anlässlich der Reise des Papstes wiederholten auch mehrere US-amerikanische Bischöfe – unter ihnen die Erzbischöfe von Washington, Boston und Philadelphia, die Kardinäle *Hickey*,

*Law* und *Bevilacqua* – ihre Forderung nach einer raschen Beendigung des weder moralisch noch wirtschaftlich zu rechtfertigenden, die internationale Isolation Kubas zementierenden Wirtschaftsembargos.

---

## „Die Welt muß sich auch für Kuba öffnen“

---

Nicht nur, daß die Papstreise für ein paar Wochen das Licht der Weltöffentlichkeit auf die Karibikinsel lenkte. Der Papst mahnte die Kubaner ebenso zu einer Öffnung in die Welt, wie er ein Ende der internationalen Isolation der Karibikinsel forderte und hierfür besonders jene Länder in die Verantwortung rief, die das gleiche christliche Erbe und/oder die Sprache mit der Insel teilten.

Allerdings mußte sich Castro auch die von Station zu Station schärfer werdende, immer mit besonders viel Applaus quittierte Kritik des Papstes an der wirtschaftlichen und sozialen Lage eines Großteils der Bevölkerung, an der unbefriedigenden Verwirklichung von Menschen- und Grundrechten und eine drastische Verurteilung des moralischen und sittlichen Klimas seines Landes anhören. Das staatliche Fernsehen übertrug sämtliche Reden, Gottesdienste und öffentlichen Begegnungen live; Kommentatoren vor Ort unterstrichen, nur Baseballspiele fänden sonst eine ähnlich große Zuschauerzahl. Die Parteizeitung „Granma“ dagegen wechselte zwischen entschiedener Zustimmung und Lob für den Besuch aus Rom und dem Verschweigen unliebsamer Botschaften.

Die Predigten in Santa Clara und Camagüey waren an die Familien beziehungsweise die Jugend des Landes gerichtet. 100 000 waren zu der Messe nach Santa Clara gekommen, und der Vergleich lag auf der Hand: Bei der Überführung der Gebeine „Che“ Guevaras und der Einweihung des Mausoleums für den Revolutionshelden im Oktober des letzten Jahres waren es nur 30 000 gewesen. An der Messe in Camagüey nahmen 200 000 überwie-

gend jugendliche Besucher teil. Beide Male verurteilte der Papst moralischen Relativismus, materialistische Einstellungen, ein lebensfeindliches Klima, Indifferenz, Eskapismus und sittliche Orientierungslosigkeit. Eine Zukunft im Sinne einer der menschlichen Wirklichkeit angemessenen Entwicklung und eines dauerhaften Friedens werde es für das Land, für die kommende Generation, nur in der Rückbesinnung auf den Glauben, christliche Werte und Tugenden geben.

Die Ausführungen zur Bedeutung von Ehe und Familie für den Aufbau der Gesellschaft verband der Papst mit der Forderung, die Familie als primäre und wichtigste Erziehungsinstanz wieder in ihr Recht zu setzen; die Forderung nach einer gesicherten Befriedigung elementarer Bedürfnisse der Familien mit der nach Garantie zentraler Grundrechte, allen voran der Gewissensfreiheit. Vor den 500 000, die am Abschlußgottesdienst auf dem mit einem riesigen Christusbild geschmückten „Platz der Revolution“ in Havanna teilnahmen, bekräftigte der Papst, immer wieder unterbrochen von minutenlangem Beifall: Ein moderner Staat dürfe weder Atheismus noch eine Religion politisch verordnen.

Eine besondere Herausforderung für die Regierung war der bei einem Besuch in einem Aids- und Leprasanatorium, ebenfalls vor laufenden Kameras lancierte und wirkungsvolle Appell des Papstes, die „Inhaftierten aus Gewissensgründen“ in die Gesellschaft zu integrieren. Sie seien Menschen, die ihre Überzeugungen mit Respekt und Toleranz einbringen wollten. Auf diplomatischem Wege hatte der den Papst begleitende Kardinalstaatssekretär *Angelo Sodano* ein Gnadengesuch für, dem Vernehmen nach, 500 politische Gefangene übergeben.

Die in der Weltpresse diskutierte Frage, wer nun aus diesem Treffen als Sieger hervorgehen werde, der Papst oder Castro, wird der Komplexität dieses ersten Papstbesuches auf Kuba sicher nicht gerecht. Kurzfristige Veränderungen und das unmittelbare Ende des Castroregimes sind nicht zu erwar-

ten. Zwar wurde der Papst von der Bevölkerung mit großer Offenheit empfangen, erwarteten viele von ihm die wirkliche Wahrheit über ihr Land zu erfahren. Zum ersten Mal seit langer Zeit wurde massenwirksam Kritik an den Mißständen im Land geübt, und einige Kubaner nutzten auch die Präsenz von so vielen ausländischen Journalisten, um ihre Unzufriedenheit mit dem Castroregime unverblümt zu Protokoll zu geben. Für viele wird jedoch das Gehörte auch erst einmal fremd gewesen sein. Längerfristig betrachtet kann der Besuch jedoch nicht folgenlos bleiben.

---

## Impulse für den notwendigen Wandel

---

Wenn auch nur in kleinen Schritten – verändert hat sich in jedem Fall auch schon im Vorfeld der Reise die Situation der Kirche des Landes, die nun aus ihrem lange auferlegten Schattendasein heraustreten kann und will. Vor dem Besuch hatte die Regierung, auch dies Zeichen des „Tauwetters“, Weihnachten zum Feiertag erklärt und eine Botschaft des Papstes in den Medien verbreiten lassen. Als sicheres Indiz für eine neue Rolle und ein neues Selbstbewußtsein der Kirche gewertet wurde eine mutige und entschiedene Passage in der Begrüßungsansprache des Erzbischofs von Santiago de Cuba, *Pedro Meurice Estúu*, während des Papstgottesdienstes: Er verurteilte die Verwechslung und Vermischung von „Heimat mit einer Partei“, der „Nation mit einem historischen Prozeß“.

Den Appell an die deutschen Katholiken und die Bundesregierung, Kuba in dieser Phase des Umbruchs und der Öffnung zu unterstützen, verband der Vorsitzende der Bischöflichen Kommission *Adveniat*, Weihbischof *Franz Grave*, mit der Überzeugung, die Geschichte werde einmal von einem Kuba *vor* und einem Kuba *nach* dem Papstbesuch schreiben. Der Papst habe keine radikale Wende bewirkt, aber dem dringend notwendigen Wandel entscheidende Impulse gegeben. *A. F.*